Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(15.8.1975) Drucksache 8/1495

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 1495
15. 08. 75

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Anstiftung zu einer falschen Erklärung

Der Senat wird um Auskunft gebeten:

I.

Trifft folgender Sachverhalt zu?

1. Im Februar 1971 beschlagnahmte die Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes bei einer Haussuchung in der Wohnung des Pfarrers Kurt Kaiser in Neuenkirchen bei Damme dessen Notizbuch, in dem auch der Name des damaligen Stellvertreters des Innensenators, Senatsdirektor Dr. Waldemar Klischies, verzeichnet war. Pfarrer Kaiser hatte sich der Verbindung zur Baader-Meinhof-Bande verdächtig gemacht. Nach der Beschlagnahme verbreitete er durch den früheren Meinhof-Anwalt Heinrich Hannover die Erklärung, der Name von Klischies sei deshalb in sein Notizbuch geraten, weil er, Kaiser, sich von Klischies Unterstützung bei der Auswanderung jüdischer Familien aus Polen erhofft habe. Diese Erklärung war falsch. Zu ihr hatte der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete und jetzige stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst-Werner Franke in einem Telefongespräch Kaiser angestiftet, um damit Klischies vor seiner drohenden Entlassung durch Innensenator Löbert zu bewahren. Diese falsche Erklärung bezeichnete Klischies lt. einer Presseveröffentlichung vom 20. 2. 1971 als „eine vor einem Notar abgegebene eidesstattliche Versicherung".
2. Das erwähnte Telefongespräch zwischen Franke und Kaiser, gegen den die Oldenburger Staatsanwaltschaft am 14. 7. 1975 Anklage wegen Begünstigung einer kriminellen Vereinigung erhoben hat, wurde seinerzeit vom Bundeskriminalamt im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Baader-Meinhof-Bande abgehört.
3. Das Bundeskriminalamt informierte Bremer Dienststellen über den Inhalt des abgehörten Gesprächs.
4. Daraufhin wurde Bürgermeister Koschnick über den Inhalt dieses Gesprächs informiert.

II.

1. Trifft es zu, daß Bürgermeister Koschnick die Sache völlig auf sich beruhen ließ?
2. Trifft es ferner zu, daß der Senat in seiner Sitzung vom 23. 2. 1971 nach längerer Beratung den Antrag von Innensenator Löbert zurückwies, Senatsdirektor Dr. Klischies in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen?

III.

Wie beurteilt der Senat diesen Fall?

Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Bremer Nachrichten GmbH & Co.